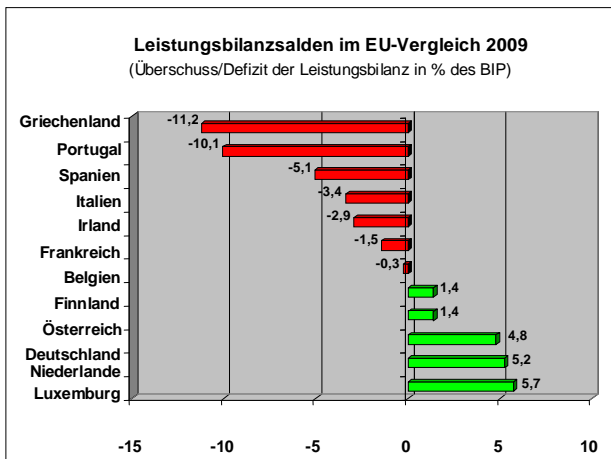


„Euro(pa)krise?!“

„Euro(pa)krise?! Staatsbankrott in Griechenland – und wer soll dafür zahlen?“ Unter diesem Titel fand am 5. Mai eine öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltung statt, auf der **cege**-Mitglied Prof. Dr. Gerhard Rübel und sein juristischer Kollege Prof. Dr. Frank Schorkopf zur aktuellen Griechenland- und Eurokrise Stellung nahmen.

Zuerst skizzierte Gerhard Rübel die wesentlichen Ursachen der Griechenlandkrise. Dabei wurde deutlich, dass die zunächst so begrüßte Annäherung der Kapitalmarktzinsen in der Europäischen Währungsunion das Fehlen eines Länderrisikos vorgetäuscht hatte, obwohl faktisch noch durchaus unterschiedliche Solvenzrisiken der Mitgliedstaaten vorlagen. Die sinkenden Zinsen in den früheren Schwachwährungsländern führten zudem dort zu starker wirtschaftlicher Expansion, kräftig steigenden Lohnstückkosten, damit zu sinkender Wettbewerbsfähigkeit und einer zunehmenden Verschlechterung der Leistungsbilanz. Auf der anderen Seite blieb die Binnennachfrage früherer Starkwährungsländer, wie etwa Deutschland, zwar relativ gering, doch verbesserte sich aufgrund von steigender Wettbewerbsfähigkeit ihre Außenhandelsposition.



Äußeres Anzeichen dieser unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung in der EWU sind somit die ständig wachsenden Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzsalden der Mitgliedsländer. Nach Rübel haben diese Ungleichgewichte letztlich eine größere Bedeutung als die reinen Staatsschulden. Denn wenn die staatlichen Schulden mit hoher Auslandsverschuldung einhergehen, können durch drohende Insolvenz auch die Partnerstaaten in der EWU sowie die Stabilität des Euro direkt mit betroffen werden.

Rübel diskutierte schließlich drei mögliche Lösungsansätze für Griechenland: 1. Eine Stabilisierungspolitik, durch die Griechenland kurzfristig und nachhaltig seine Wettbewerbsfähigkeit und damit auch die Leistungsbilanz verbessert. 2. Eine Transferunion und 3. Einen Austritt Griechenlands mit Abwertung zur Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit, eventuell begleitet von einem teilweisen Schuldenerlass.

Die Politik hat sich für den 2. Weg entschieden, in der Hoffnung, dass Griechenland (und gegebenenfalls andere Risikoländer) damit in die Lage versetzt werden, den Schuldenabbau und Weg 1 eigenständig zu gehen. Aber wie sieht die rechtliche Seite dieses Weges aus, der ja eigentlich mit der sog. no-bail out Klausel (Art. 125 I AEUV) sowie der Unabhängigkeit der Europäischen Notenbank (Art. 123 AEUV: kein unmittelbarer Erwerb von Schuldtiteln durch die EZB!) zu kollidieren scheint?

Frank Schorkopf untersuchte vor diesem Hintergrund die rechtliche Zulässigkeit der Finanzhilfen. Als rechtliche Anknüpfungspunkte neben den schon genannten Artikeln des EU-Vertrags wurden Art. 122 II AEUV (finanzieller Beistand der Union bei „außergewöhnlichen Ereignissen“, die sich der Kontrolle des Landes entziehen), Art. 143 AEUV iVm VO Nr. 332/2002 (Hilfe, wenn ein EU- aber nicht Euro-Mitglied hinsichtlich seiner Zahlungsbilanz ernstlich bedroht ist), Art. 352 AEUV (Flexibilitätsklausel: Einführungsmöglichkeit eines Verschuldungsrechts der EU?), Art. 222 AEUV (Solidaritätsklausel, wenn ein Mitgliedstaat „von einer vom Menschen verursachten Katastrophe betroffen ist“) und Art. 124 AEUV iVm Art. 1 I VO Nr. 3604/93 (finanzielle Hilfen durch Kreditinstitute sind möglich, allerdings nur zu Marktkonditionen) diskutiert. Abschließend ging er auch noch auf die rechtlichen Möglichkeiten eines Austritts aus der Währungsunion ein.

Die rechtliche Auslegung der EU-Verträge ist vor dem Hintergrund der aktuellen Krise nicht einfach und auch nicht unumstritten. Zwischen den beiden Referenten bestand jedoch Einigkeit darüber, dass sowohl die Krise als auch die letzte Form der Krisenbewältigung eine Ausstrahlung auf das Projekt Währungsunion und vielleicht auch auf das Gesamtprojekt EU haben wird. Es wurde zudem deutlich, dass eine Währungsgemeinschaft ohne einen Konsens hinsichtlich Stabilitätsbereitschaft und Anpassungsflexibilität letztlich zum Scheitern verurteilt sein wird.

Prof. Dr. Renate Ohr, **cege**

Euro(pa)krise?!	S. 1
Zur Diskussion: ‚Geschäftsmodell Deutschland‘: Wurzel allen Übels?	S. 2
Zur Diskussion: Trade policy without tariff policy – a matter of bribes.	S. 3
cege -Aktuell.	S. 4

„Geschäftsmodell Deutschland“: Wurzel allen Übels?



Dr. Götz Zeddies

Die vergangenen zwei Jahrzehnte waren, insbesondere durch die Integration der asiatischen Schwellenländer sowie der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer in die Weltwirtschaft, durch eine erhebliche Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung gekennzeichnet. Dieser Globalisierungsprozess ging jedoch weltweit mit einer Zunahme der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte einher.

Auch in der Europäischen Union konnten Länder wie Deutschland, Schweden und die Niederlande im Laufe der Jahre immer höhere Exportüberschüsse erzielen. Dagegen belief sich im Jahr 2008 das spanische Leistungsbilanzdefizit auf fast 10%, das portugiesische auf ungefähr 12% und dasjenige Griechenlands auf gar 14% des Bruttoinlandsprodukts. Der in der Wirtschafts- und Finanzkrise beobachtete Trend zum Abbau der Ungleichgewichte hat sich in den vergangenen Monaten nicht fortgesetzt, steigt doch der Exportüberschuss Deutschlands und anderer Länder seit einigen Monaten bereits wieder deutlich an.

Angesichts dieser Entwicklungen wird insbesondere Deutschland, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Eurokrise, zunehmend mit dem Vorwurf konfrontiert, durch zu geringe Lohnsteigerungen seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten anderer Länder verbessert und dadurch wesentlich zum Aufbau der Ungleichgewichte beigetragen zu haben. Mittlerweile wird im exportorientierten „Geschäftsmodell Deutschland“ gar eine Gefahr für die europäische Gemeinschaftswährung gesehen. Eine differenzierte Beurteilung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte sowie die Ableitung wirtschaftspolitischer Empfehlungen zu ihrem Abbau setzt jedoch zunächst eine detaillierte Ursachenanalyse voraus.

Theoretisch lässt sich der Leistungsbilanzsaldo aus der Identitätsgleichung für den Gütermarkt ableiten. Danach wird der Saldo der Leistungsbilanz durch die Differenz zwischen gesamtwirtschaftlicher (privater und staatlicher) Ersparnis und privaten Investitionen erklärt. In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich insbesondere die Ersparnisse in den zurückliegenden Jahren sehr heterogen entwickelt. Folglich muss eine Ursachenanalyse für die Leistungsbilanzungleichgewichte in der EU bei den Determinanten der Ersparnisse ansetzen.

Die Höhe der privaten Ersparnis ergibt sich zum einen aus dem Sparpotenzial einer Volkswirtschaft, welches der Theorie zufolge von Höhe und Wachstum des Pro Kopf-Einkommens, der Einkommensverteilung und der Bevölkerungsstruktur abhängig ist. Zum anderen wird die gesamtwirtschaftliche Ersparnis durch die Sparbereitschaft der Wirtschaftssubjekte bestimmt. Letztere könnte etwa über den realen Zinssatz, die Inflationsrate, die Funktionsfähigkeit des Banken- und Finanzsystems sowie über den realen effektiven Wechselkurs erklärt werden.

Eine Paneldatenanalyse für insgesamt 18 Mitgliedstaaten zeigt (siehe *cege*-Diskussionspapier Nr. 110), dass die privaten Ersparnisse in der EU nur zum Teil durch die aus der ökonomischen Theorie abgeleiteten Determinanten erklärt werden können. Dies gilt insbesondere für die Bestimmungsfaktoren des Sparpotenzials. Eine genaue Datenanalyse offenbart, dass insbesondere die südeuropäischen Leistungsbilanzdefizitländer deutlich weniger Ersparnisse bilden, als aufgrund der Höhe und des Wachstums ihrer Pro Kopf-Einkommen, der Einkommensverteilung und der Bevölkerungsstruktur typisch wäre. Ein umgekehrtes Bild ergibt sich für die Leistungsbilanzüberschussländer Deutschland, Schweden, Österreich und die Niederlande: Diese zeichnen sich durch eine übermäßig hohe Sparneigung und eine dementsprechend geringe Ausgabenneigung aus. Neben der privaten Ersparnis ist auch die Haushaltsdisziplin der öffentlichen Hand in den Leistungsbilanzdefizitländern deutlich schwächer ausgeprägt als in den Überschussländern, in denen die Haushaltskonsolidierung in den zurückliegenden Jahren teilweise deutlich vorangeschritten ist.

In der öffentlichen Diskussion werden häufig allein die divergierenden Lohnentwicklungen als Ursache der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte genannt. Insbesondere Deutschland wird zunehmend zu einer Abkehr von der exportorientierten Politik hin zu einer Stärkung der Binnen- nachfrage aufgefordert. Die empirischen Analysen zeigen jedoch, dass die realen effektiven Wechselkurse (auf Lohnstückkostenbasis) zwar eine signifikante, aber eben nur *eine* der erklärenden Variablen der Leistungsbilanzsalden der EU-Mitgliedstaaten darstellen. Zudem zeigt sich, dass die Lohnstückkosten in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren nur leicht gesunken, in den Leistungsbilanzdefizitländern Griechenland, Italien, Spanien und Ungarn dagegen deutlich gestiegen sind. Auch haben sich die Lohnstückkosten in einigen anderen EU-Mitgliedstaaten noch günstiger entwickelt als in Deutschland.

Die Ursachen der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU sind den Analysen zufolge also recht vielschichtig. Folglich wären die an Deutschland gerichteten Forderungen, die moderate Lohnpolitik zu beenden, allein nicht zielführend. Zudem müsste dann den Defizitländern gleichermaßen Lohnzurückhaltung abverlangt werden, um den teilweise über 20%-igen Lohnstückkostenanstieg der letzten zehn Jahre wieder auszugleichen. Neben der Lohnpolitik böte sich für die süd- und osteuropäischen Länder ein Abbau der Leistungsbilanzdefizite durch eine stärkere Ausschöpfung der Sparpotenziale an, da diese Länder seit Jahren über ihre Verhältnisse leben. Demgegenüber sollte in den Leistungsbilanzüberschussländern auf eine Steigerung der Ausgabenneigung hingewirkt werden. Überhöhte Lohnsteigerungen sind hierfür jedoch der falsche Weg. Stattdessen sollte dies durch eine vertrauensenerweckende Politik, die auch auf den Erhalt bzw. die Verbesserung der Standortattraktivität abzielt und somit die Investitionstätigkeit anregt, erfolgen.

Dr. Götz Zeddies
Institut für Wirtschaftsforschung, Halle

Trade policy without tariff policy – a matter of bribes

The European Union is in its essence a customs union, meaning that all trade barriers between member states are supposed to have been abolished. Furthermore, contrary to a mere free trade area, all member countries share the same tariff and trade policy. This should, in principle, make trade conditions perfectly transparent across the entire union.

In the same vein, other groups of countries have formed free trade areas in North America, Asia, and Latin America. In the World Trade Organization (WTO), member states also work towards facilitating trade by making rules and procedures transparent and simple.

However, reality often mocks intentions, and firms engaging in international trade know well that the same formal rules and requirements can often be implemented in very different ways across countries. Effective trade policy is not limited to tariffs, tariff rate quotas, and export subsidies, but also includes a set of less transparent 'tricks' that countries can use when their protectionist aims cannot be served by tariffs and subsidies.

Such tricks become more attractive to governments intent on protecting their domestic industries when the use of tariffs and subsidies is delimited by international agreements. The EU common trade policy is an extreme example, but trade policy has in recent decades become increasingly governed by trade agreements. Successive rounds within the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) and its successor, the WTO have decreased the room for trade political manoeuvre, and a growing list of regional and preferential trade agreements contribute to the constraints on policy. Some countries are therefore turning to a more active use of the bag of tricks within the umbrella concept of 'non-tariff barriers'.

The Fraser Institute, a think tank based in Vancouver, has measured the extent of these non-tariff barriers since 1995. By using surveys conducted annually by the World Economic Forum, the Canadian institute places 141 countries' non-tariff barriers to international trade on a 1 to 10 scale, with 10 being a situation without any real barriers. Except clearly failed states such as DR Congo and Zimbabwe, the states that use this type of barrier the most are countries such as Kyrgyzstan (2.3) and Venezuela (2.8). The least protectionist nation in the world is, not surprisingly, Singapore. Yet, even within the EU, differences are substantial. European non-tariff protection ranges from significant barriers in Bulgaria (6.4) and Italy (6.9) to Denmark (8.7) and Sweden (8.9) that probably have implemented common EU regulations in the least protectionist manner.

This insight has begged a number of research questions, of which one is of particular European concern: Why do we observe these differences when there are no apparent and systematic differences in formal trade policy? In other words, why do some countries have higher intransparent barriers than others? What is the political economy of unofficial trade policy?

New research finds that the answer should probably be sought in the fact that while formal tariff barriers benefit domestic producers and are implemented by national politicians, non-tariff barriers are different. Their implementation – how long does it take to load a ship in the harbours of Rotterdam and Aarhus compared to Brindisi or Piraeus, how cumbersome is the paperwork etc. – is within the discretionary power of bureaucrats. Hence, if import and export firms are willing to pay for speedy treatment of their paperwork, bureaucrats have an incentive to accept bribes in order to allow firms to 'get around' the non-tariff barrier. It nevertheless also implies that the same bureaucrats will have incentives to raise the barriers by making paperwork and other procedures even more cumbersome so as to extract more bribes. Likewise, domestic producers have clear incentives to try to bribe politicians to raise whatever non-tariff barriers are in their power.

When taking these rather ugly prospects to the data, we find clear confirmation: Non-tariff barriers are to a large extent the results of having a tradition of corruption. Indeed, when only looking at the EU-27, the *only* factor that explains the substantial differences in these barriers is how corrupt a country is. Simply put, bribes can and do buy protection against international competition.

However, corruption is not equally effective in all countries. A main characteristic of corrupt deals is that they have to be kept hidden from the public that most likely is not tolerant of dishonest behaviour. As either a corrupt bureaucrat or a corrupt politician, the last thing you want is a vigilant press that is able and free to report what you are actually doing. And the data speak for themselves: Across the world, corruption is substantially more effective in buying protection when the press is not sufficiently free to report on political or bureaucratic wrongdoing.

These findings from a recent study at Aarhus University (Denmark) not only provide a way to understand why unofficial trade policy varies so much across the EU although the official trade policy is common. The findings also provide further evidence on the drastic erosion of economic performance and freedom caused by corruption. Having a tradition for bribery and paying your way through the bureaucracy not only distorts the domestic economy, but is also likely to prevent the gains from globalization and international trade from reaching particularly corrupt countries. Yet by gathering more knowledge on not only what corruption does but also how effective it is in reaching corrupt aims, the international community eventually may be closer to being able to combat its worst consequences.



Prof. Christian Bjørnskov

Prof. Christian Bjørnskov, Ph.D.
University of Aarhus and Visiting Professor at *cege*

cege-Diskussionspapiere

Auf der **cege**-Homepage stehen neue **cege**-Diskussionspapiere als Download zur Verfügung.

- Beitrag 103: **Dreher, Axel/ Nunnenkamp, Peter/ Öhler, Hannes**: "Does Conditionality Work? A Test for an Innovative US Aid Scheme".
- Beitrag 104: **Dreher, Axel/ Sturm, Jan-Egbert/ Vreeland, James Raymond**: "Does membership on the Security Council influence IMF conditionality?".
- Beitrag 105: **Schinke, Jan Christian**: "Follow the Sun! How investments in solar power plants in Sicily can generate high returns of investments and help to prevent global warming".
- Beitrag 106: **Krenz, Astrid/ Rübel, Gerhard**: "Industrial Localization and Countries' Specialization in the European Union: An Empirical Investigation".
- Beitrag 107: **Krenz, Astrid**: "Services sectors' agglomeration and its interdependence with industrial agglomeration in the European Union".
- Beitrag 108: **Krenz, Astrid**: "La Distinction reloaded: Returns to Education, Family Background, Cultural and Social Capital in Germany".
- Beitrag 109: **Nunnenkamp, Peter/Öhler, Hannes**: „Funding, Competition and the Efficiency of NGOs: An Empirical Analysis of Non-charitable Expenditure of US NGOs Engaged in Foreign Aid".
- Beitrag 110: **Ohr, Renate / Zeddies, Götz**: „Geschäftsmodell Deutschland“ und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte in der EU“.

OECD Social Institutions and Gender Index

Das Development Center der OECD hat gemeinsam mit einem Forscherteam aus Göttingen unter der Leitung von **Prof. Stephan Klasen, cege**, sowie der Universität Rotterdam den *Social Institutions and Gender Index* entwickelt. Der neue Index konzentriert sich, anders als bestehende Indizes, die nur das Ausmaß der Geschlechterungleichheit ausweisen, auf die zugrundeliegenden Gründe für Geschlechterungleichheit.

Weltklimarat nominiert Prof. Stephan Klasen, Ph.D., als Coordinating Lead Author

Das Intergovernmental Panel on Climate Change nominierte, **Prof. Stephan Klasen, cege**, als Coordinating Lead Author. Der Bericht, an dem insgesamt 831 Wissenschaftler aus aller Welt beteiligt sind, soll 2014 erscheinen. Prof. Klasen trägt gemeinsam mit dem OECD-Klimaexperten Dr. Shardul Agrawala die Verantwortung für ein Kapitel über die ökonomischen Auswirkungen der globalen Erderwärmung auf Entwicklungsländer.

Aktuelle Publikationen in referierten Journals

- **Oestreicher, A.** / Koch, R. (2010), The determinants of opting for the German group taxation regime with regard to taxes on corporate profits, in: *Review of Managerial Science*, 4 (2).
- **Dreher, A.** / Krieger, T. (2010), Diesel price convergence and mineral oil taxation in Europe, in: *Applied Economics*, 42 (15).
- **Dreher, A.** / Gaston, N. / Martens, P. (2010), Globalisation, the Global Village and the Civil Society, in: *Futures*, 42 (6).
- **Dreher, A.** / Schneider, F. (2010), Corruption and the shadow economy: An empirical Analysis, in: *Public Choice*, 144.
- De Haan, J. / **Dreher, A.** / Sturm, J.-E. (2010), When is a Central Bank Governor Fired? Evidence Based on a new Data Set, in: *Journal of Macroeconomics*, 32.
- Kilby, C./ **Dreher, A.** (2010), The Impact of Aid on Growth Revisited: Do Donor and Recipient Characteristics make a Difference?, in: *Economics Letters*, 107 (3).
- Harttgen, K. / **Klasen, S.** / Misselhorn, M. (2010), Pro-Poor Progress in Education in Developing Countries?, in: *Review of Economics and Institutions*, 1 (1).

Gastwissenschaftler im Wintersemester

Im Wintersemester 2010/2011 wird **Dr. Martin Gassebener (ETH Zürich)** im Rahmen des DAAD Gastlehrstuhls in Internationaler Ökonomie an der Universität Göttingen über die Ökonomie des Terrorismus forschen und lehren.

cege-Forschungskolloquium

im Wintersemester 2010/2011

Im Wintersemester 2010 werden im Rahmen des **cege**-Forschungskolloquiums folgende Referenten vortragen:

- **Prof. em. Dr. Fritz Breuss** (Wirtschaftsuniversität Wien)
- **Prof. Dr. Gunther Schnabl** (Universität Leipzig)
- **Dr. Florian Ploeckl** (University of Oxford)
- **Prof. Eric Dickson, PhD** (New York University)
- **Prof. Nicola Fuchs-Schündeln, PhD** (Universität Frankfurt)
- **Prof. Dr. Hartmut Kliemt** (Frankfurt School of Finance and Management) und **Prof. Dr. Werner Güth** (Max-Planck Institut für Ökonomik Jena)
- **Prof. Dr. Wolfgang Eggert** (Universität Freiburg)
- **Dr. Stefan Palan** (Karl-Franzens-Universität Graz)

Impressum

Herausgeber: Centrum für Europa-, Governance- und Entwicklungsforschung (**cege**), Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen, **E-Mail:** cege@uni-goettingen.de, **Tel.** 0551 / 39 70 91, **Fax** 0551 / 39 70 93, **Internet:** <http://www.cege.uni-goettingen.de>, **Geschäftsführender Direktor:** Prof. Dr. Axel Dreher, **Redaktion / Layout:** Prof. Dr. Renate Ohr, Maya Schmaljohann, **Druck:** GWDG, Göttingen